

3./V. 1918

3  
58**Die neue österreichische Krise.**

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

fr Wien, 3. Mai.

Die parlamentarische Lage wird andauernd als sehr ernst bezeichnet. Die Schwierigkeiten, die jetzt austreten, sind zu groß und zu verwickelt, als daß sie bis nächsten Dienstag, an welchem Tage das Abgeordnetenhaus zusammentreten soll, bewältigt werden könnten. Die Vorgänge, die sich in den letzten Wochen abgespielt haben, haben den bisherigen krisenhaften Zustand akut gestaltet. Der Präsident Dr. Groß hat, wie schon berichtet, das Abgeordnetenhaus für den 7. Mai einberufen. Die Tagung ist sehr wichtig, weil die neuen Steuervorlagen erledigt, der Staatshaushalt gesichert und die Ernährungspolitik geregelt werden muß. Dazu braucht man eine Arbeitsmehrheit. Eine solche ist gegenwärtig nicht vorhanden.

Die Vorgänge der letzten Wochen haben nun auch die deutschen Parteien wankend gemacht. Diese Parteien tragen durch ihre reservierte Haltung der Bestimmung ihrer Wählerkreise Rechnung. Ein Abbrechen der deutschen Parteien von der Regierung würde unter den gegebenen Verhältnissen eine Mehrheitsbildung im Abgeordnetenhaus ausschließen. Die deutschen Parteien haben bereits vor einiger Zeit eine Anzahl von Forderungen an die Regierung gestellt, in deren Erfüllung sie augenblicklich eine hinreichende Sicherung dafür erblicken würden, daß die Regierung geneigt ist, in Zukunft den nationalen Ansprüchen der Deutschen entgegenzukommen. Diese Forderungen beziehen sich in Böhmen auf die Verwirklichung einer nationalen Zweiteilung durch die Errichtung von Kreishauptmannschaften, in den Alpenländern auf die Eindämmung der südslawischen Agitation und auf die Errichtung einer deutschen nautischen Schule in Triest. Der Ministerpräsident scheint den deutschen Parteien im Laufe der Verhandlungen gewisse Zusicherungen gegeben zu haben. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Tschechen haben von der Absicht der Regierung erfahren, und sie sowie die Südslawen versichern, daß sie bei dem geringsten Entgegenkommen der Regierung gegenüber den deutschen Parteien das Parlament zersammeln würden. Die Tschechen und Südslawen lehnen es ab, die heutige Obmänner-Konferenz zu beschließen, und protestieren im vorhinein gegen jede weitere Hinausschiebung des Wiederzusammentretens des Abgeordnetenhauses. Zweifellos werden sich auch die Vertreter der Sozialdemokraten einer weiteren Verschiebung entgegenstellen. Präsident Dr. Groß ist jedoch nur dann bereit, den Beginn der neuen Tagung zu verschieben, wenn alle Parteien damit einverstanden sind.